

Unkomplizierte Hilfe für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer

Wer heute durch die Wälder in NRW geht, stellt schnell fest: Sie befinden sich in einem schlechten Zustand. Die Auswirkungen der Klimakrise zeigen sich hier auf besonders dramatische Weise. Wetterextreme wie Stürme, lang anhaltende Hitze und ausbleibender Niederschlag haben enorme Auswirkungen auf das Waldökosystem und sind eine Herausforderung für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer.

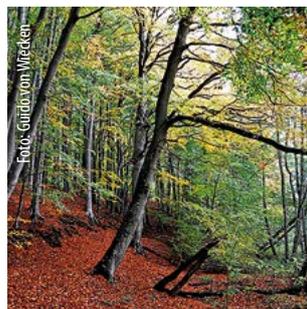
NRW ist das Kleinprivatwaldland schlechthin, circa 63 Prozent der Waldfläche sind im privaten Besitz. Viele von den rund 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sind daher in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie beispielsweise Forstbetriebsgemeinschaften organisiert, die fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement getragen werden. Diese Zusammenschlüsse unterstützen

die Waldbesitzenden bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen und helfen so, die Nachteile der kleinteiligen Besitzstruktur zu überwinden.

Doch Neustrukturierungen bei der Beförderung sorgen für erhebliche zusätzliche Aufgaben. Wir wollen daher gemeinsam mit der CDU die im Ehrenamt Tätigen in den Forstbetriebsgemeinschaften finanziell wie administrativ unterstützen. Aus diesem Grund werden wir ein unkompliziertes und praxisorientiertes Förderprogramm zur Strukturunterstützung, insbesondere der Geschäftsführungen, auflegen. Damit stärken wir den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern den Rücken für die Gene-

rationenaufgabe, unsere Wälder zukunfts-tauglich umzubauen. Denn diese sind nicht nur wichtige Holz- und Energielieferanten, sie leisten als CO₂-Senke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und sind unverzichtbar für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, den Natur- und Artenschutz sowie zur Förderung der

Biodiversität. Nicht zuletzt haben sie als Lebens- und Erholungsraum eine große Bedeutung für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW.



Rheinisches Revier zu einer der ersten klimaneutralen Industrieregionen transformieren

Aktuell bedrohen hohe Energiekosten den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. „Unser Ziel als FDP-Landtagsfraktion ist es, die Versorgungssicherheit mit Energie für die Menschen und die Unternehmen zu gewährleisten. Das Industriesterben müssen wir verhindern“, erklärt der Sprecher für Wirtschaft und Energie der FDP-Landtagsfraktion Dietmar Brockes beim Austausch mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Mit dem geplanten Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 besteht die Jahrhundertchance, den Strukturwandel im Rheinischen Revier aktiv zu gestalten. „Wir wollen das Rheinische Revier zu einer der ersten klimaneutralen und weltweit wettbewerbsfähigen Industrieregionen mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen transformieren“, betont Brockes. Viele großartige Vorhaben und Ideen

finden sich gerade in der Umsetzung, die auch eine Lösung für die aktuelle Energieknappheit sein können.

Von wegweisender Wasserstofftechnologie, kreislauffähigen Produkten und Produk-

tionsprozessen über den Ausbau erneuerbarer Energien und Speicher, nachhaltiges Bauen und klimafreundlicher Mobilitätskonzepte bis hin zu smarter Digitalisierung und der Forschung zur Künstlichen Intelligenz – die Region ist eine Brutstätte für die Zukunft unseres Landes. Die Projekte benötigen die besten Bedingungen, um zu wachsen. Dafür braucht es zuverlässige Finanzierungsbedingungen und unkomplizierte und schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren. Bei beiden Voraussetzungen gibt es noch großes Verbesserungspotenzial.



Dietmar Brockes (FDP)



Nach Coronakrise und Energiekrise nun bald Lebensmittelkrise?



Zacharias Schalley (AfD)

Jeder dritte viehhaltende niederländische Betrieb soll infolge realitätsfremder EU-Richtlinien dichtmachen. Für NRW hat das verheerende Folgen, schließlich sind niederländische Viehbauern der wichtigste Düngemittellieferant.

Weniger Dünger bedeutet weniger Ernteertrag und weniger Ernteertrag bedeutet weniger Lebensmittel. Die AfD-Fraktion fragte daher die Landesregierung, wie man sich auf dieses absehbare Problem vorbereitet.

Antwort: Es gebe „keine relevanten Auswirkungen auf die Versorgung“. Die Regierung selbst ist sich aber nicht im Klaren darüber, wie viel Dünger aus den Niederlanden zu uns kommt: Einmal sind es laut ihren Angaben 6.500 Tonnen, einmal 5.198 Tonnen im Jahr 2020.

So oder so: Wir importieren deutlich mehr als wir exportieren, das meiste davon aus den Niederlanden. Entweder es kommt zu Lieferengpässen und dadurch zu schlechteren Ernten oder unsere anderen Lieferanten gleichen den Verlust zu teureren Konditionen aus.

Am Ende der Kette steht eine Teuerung oder gar ein Mangel an bestimmten Lebensmitteln. Wenn die AfD-Fraktion nicht nachgefragt hätte, wäre das Thema vermutlich nicht einmal diskutiert worden. Statt im nächsten Jahr in Aktionismus zu verfallen, braucht es jetzt vorausschauende Lösungen.

